



***Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde des BZÖ!***

***Die vorliegenden zehn Grundsatzpositionen bilden die politischen Leitlinien für das BZÖ und sind eine Positionsbestimmung in der österreichischen Parteienlandschaft.***

***Es liegt an uns allen, im Rahmen dieser politischen Leitlinien und auf Basis unserer jetzigen Positionsbestimmung überzeugende Arbeit für unser Österreich zu leisten.***

***In diesem Sinne sind die zehn Grundsatzpositionen auch kein programmatischer Abschluss, sondern ein inhaltlicher Auftrag für die Zukunft.***

**Josef Bucher  
Bündnisobmann Klubobmann**



## Inhalt

**Präambel**

(Seite 5)

**Grundsatzposition I:**

**Die Würde des Menschen ist unantastbar**

(Seite 8)

**Grundsatzposition II:**

**Freiheit braucht Eigenverantwortung und  
Ordnung**

(Seite 10)

**Grundsatzposition III:**

**Gerechtigkeit statt Gleichmacherei**

(Seite 10)

**Grundsatzposition IV:**

**Zukunft braucht Heimat**

(Seite 14)

**Grundsatzposition V:**

**Keine Freiheit ohne Eigentum**

(Seite 16)

**Grundsatzposition VI:**

**Wohlstand und Fortschritt beruhen auf  
Leistung**

(Seite 18)

**Grundsatzposition VII:**

**Sicherheit ist ein Bürgerrecht**

(Seite 20)

**Grundsatzposition VIII:**

**Familie ist die Keimzelle der Gesellschaft**

(Seite 22)

**Grundsatzposition IX:**

**Nur Bildung eröffnet Zukunftschancen**

(Seite 24)

**Grundsatzposition X:**

**Nachhaltigkeit heute für die Generationen  
von morgen**

(Seite 26)

**Grundsatzrede von Bündnisobmann**

**Klubobmann Josef Bucher**

(Seite 28)

**BZÖ-Antwortkarte**

(Seite 51)



## Präambel

Österreich ist an einem Wendepunkt seiner Geschichte angelangt. Die seit 1945 dauernde Alleinherrschaft von Sozialisten und Christlich-Sozialen hat zu einer totalen politischen Erstarrung geführt und die Weiterentwicklung Österreichs hin zu einem freien, echt demokratischen Land mit selbstbestimmten Bürgern gehemmt. Das Ergebnis sind eine unterentwickelte Demokratie, das Fehlen freier und unabhängiger Medien, eine aufgeblähte und teure Verwaltung, keine soziale Gerechtigkeit, welche die Leistung belohnt, völlige Reformunfähigkeit und nicht zuletzt unfreie Bürger, die nach wie vor am Gängelband der Altparteien SPÖ und ÖVP hängen.

Im Jahr 2005 wurde von Dr. Jörg Haider das „Bündnis Zukunft Österreich“ mit dem Ziel gegründet, Österreich aus der rot-schwarzen Geiselhaft zu befreien, verkrustete Strukturen aufzubrechen und zu überwinden, um aus Österreich ein modernes, gerechtes, demokratisches Land mit einer freien Gesellschaft

und selbstbestimmten Bürgern zu machen. Diesem Ziel ist und bleibt das BZÖ verpflichtet.

Der Weg zu diesem Ziel ist eine rechtsliberale, bürgerliche Politik, die gleichermaßen als reform- wie staatspolitisches und auch gesellschaftspolitisches Konzept in der langen historischen Tradition des bürgerlichen Rechte- und Freiheitskampfes steht. Wir grenzen uns ideologisch und dogmatisch klar von überholten linken Politutopien und ihren aktuellen softsozialistischen Ausläufern in SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen ab, sind weltanschaulich grundwerteorientiert und leistungsorientiert, sachpolitisch reform- und lösungsorientiert und kämpfen für eine freie und solidarische Bürgergesellschaft. Diese Politik ist keine neoliberale, auch keine linksliberale wie sie das Liberale Forum vertritt, sondern eine neue, auf die Zukunft unserer Staats- und Gesellschaftsordnung insgesamt ausgerichtete rechtsliberale Politik.

Wir wollen eine Gesellschaft mit selbstbestimmten Menschen in einer freien und sozialen Marktwirtschaft, in der sich Leistung wieder lohnen soll und in der die Macht des Staates auf ein notwendiges Mindestmaß reduziert wird, das da heißt, dass der Staat im Sinne der Freiheit für Sicherheit, Recht und Ordnung zu sorgen hat, wirtschaftliche Grundregeln definiert und deren Einhaltung kontrolliert sowie soziale Grundrechte garantiert. Die Umsetzung dieser Politik bedarf grundsätzlicher und umfassender reformpolitischer Weichenstellungen in allen Bereichen. Diese Politik muss dabei auch den Mut haben, den Menschen endlich die Wahrheit zu sagen.

Wir wollen bewusst nicht den Weg der klassischen Systemparteien in Österreich gehen, sondern den eines Bündnisses mit dem Bürger als offene und moderne Bewegung ohne Parteibuchzwang. Unser Weg ist die konsequente Weiterführung jener Weichenstellungen, die Jörg Haider mit der Gründung des BZÖ gestellt hat.

Unser Auftrag ist es, auf dem von Jörg Haider geschaffenen stabilen Fundament aufzubauen und neue politische Antworten auf die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft zu geben. Dies kann nur in unserem Selbstverständnis als rechtsliberale Partei mit klaren Grundsatzpositionen im Interesse Österreichs gelingen.



## Grundsatzposition I: Die Würde des Menschen ist unantastbar



Die Würde des Menschen ist unantastbar. Der Mensch und seine Würde müssen daher immer im Zentrum der politischen Arbeit und der politischen Verantwortung stehen. Es ist unsere feste Überzeugung, dass ein freies und rechtsstaatlich-demokratisches Staats- und Gesellschaftssystem die beste Garantie dafür ist, die menschliche Würde zu schützen und zu bewahren. Bürger sollen dabei nicht nur Teilhaber des Staates sein, sondern sein Souverän, denn alles Recht geht vom Volk aus.

Menschliche Würde, im individuellen Wohl des Einzelnen sowie im gesamtgesellschaftlichen Kontext des Gemeinwohls, bedeutet die Freiheit des Einzelnen sicherzustellen, der selbstbestimmt über sein Leben entscheidet, dabei aber nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten gegenüber der Gesellschaft zu erfüllen hat.

Wir wollen einen schlanken Staat, in dem die Bürger insbesondere in ih-

ren direkten persönlichen Lebensbereichen Entscheidungen selbständig treffen. Wir kämpfen für eine umfassende und weitreichende Staats- und Verwaltungsreform und sind für Effizienz und Sparsamkeit, um im Gegenzug insbesondere die Leistungsträger und den Mittelstand steuerlich zu entlasten.

Wir wollen einen fairen Ausgleich zwischen den Generationen und eine Neugestaltung des Generationenvertrages, um das Pensionssystem dauerhaft zu sichern und auch der jungen Generation ein Altern in Freiheit und Würde zu ermöglichen. Diese Neugestaltung passiert in Form der Einführung eines verzinsten Pensionskontos, auf dessen Basis jeder Österreicher und jede Österreicherin selbstbestimmt entscheidet, mit welchem Alter, mit welchen Versicherungszeiten und Beiträgen und damit welcher Pensionshöhe man in den Ruhestand tritt. Wir fordern Ausbau, Schutz und Stärkung der Bürgerrechte.



## Grundsatzposition II: Freiheit braucht Eigenverantwortung und Ordnung



Die Politik des BZÖ ist dem Prinzip der Freiheit verpflichtet und folgt dabei stets dem Grundsatz, dass die Freiheit des Einzelnen dort endet, wo die Freiheit des anderen beginnt. Freiheit bedeutet nicht nur Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung, sondern auch die absolute Verantwortung für das eigene Tun und Handeln und damit keinesfalls das Abwälzen der Verantwortung des Einzelnen auf den Staat.

Freiheit braucht immer auch Ordnung. Diese ordnende Kraft ist die Demokratie. Denn nur Demokratie schafft Freiheit, nur Freiheit ermöglicht ein Leben in Würde. Die Stärkung direktdemokratischer Elemente, der Ausbau der direkten Demokratie, die Sicherung des Bürgerrechts auf Mitbestimmung und Mitentscheidung sind daher wesentliche und unverzichtbare Elemente einer freien Bürgergesellschaft, in der den Bürgerinnen und Bürgern so viel Entscheidungsfreiheit wie möglich zukommt, der Staat jedoch nur so viel Ordnungsverantwortung wie nötig besitzt.

Freie, in ihren Rechten und Pflichten selbstbestimmte und unabhängige Menschen sind die beste Basis für eine gute Entwicklung unserer Gesellschaft. Diese Unabhängigkeit innerhalb des rechtsstaatlich-demokratischen Ordnungsrahmens zu schaffen und zu bewahren, ist zentrale staatliche Verantwortung.

Das BZÖ fordert daher die Stärkung des rechtsstaatlichen Ordnungsrahmens unter strikter Einhaltung staatlicher Gewaltenteilung. Dabei begründet das Prinzip „Freiheit durch Verantwortung“ die freie aber solidarische Bürgergesellschaft. Unsere Politik tritt für eine Freiheit in Vielfalt und Toleranz ein, für eine Freiheit in sozialer Marktwirtschaft, fairem Wettbewerb und gleichen Chancen, für eine Freiheit der Kunst, der Meinung, der Ideen und verschiedenen Lebenswelten und Lebensformen. Diese Politik bedeutet die Abschaffung sämtlicher staatlicher Zwänge, die das notwendige Maß des demokratisch-rechtsstaatlichen Ordnungsrahmens der Bürgergesellschaft sprengen und damit die Freiheit des Menschen einschränken oder gar gefährden.



## Grundsatzposition III: Gerechtigkeit statt Gleichmacherei



Nur eine gerechte Gesellschaft ist eine entwickelte, solidarische und zukunftsfähige Gesellschaft. Unser Gerechtigkeitsverständnis besteht aus absoluter Chancengleichheit für alle Österreicherinnen und Österreicher. Es ist eine der wesentlichsten Aufgaben politischer Verantwortung, sich in allen Sach- und Lebensbereichen praktisch und konkret darum zu bemühen, denn dies ist ein Grundrecht der Bürgerinnen und Bürger. Die Politik des BZÖ stellt das Streben nach Gerechtigkeit in den Mittelpunkt. Der Bürger muss einen Anspruch darauf haben, dass er durch den Staat gerecht behandelt wird. Gleichmacherei lehnen wir ab. Dies gilt insbesondere in Fragen der Gleichberechtigung, die wir als Gleichbehandlung der Geschlechter und nicht als Bevorzugung eines Geschlechts definieren.

Gerechtigkeit bedeutet aber auch, dass die Verteilung sozialstaatlicher Lasten und Leistungen unter dem Primat von Leistungs- und Verteilungsgerechtigkeit tatsächlich sozial fair und gerecht geschehen muss, und sich nicht nach den Befindlichkeiten eines nur vorgeblichen Wohlfahrtsstaates sozialistischer Prägung richten darf.

Wir vom BZÖ wollen daher eine Reorganisation des Sozialstaates hin zu einem wirklich solidarisch getragenen und finanzierbaren Sozialsystem, das soziale Grundrechte wie Arbeit, Bildung, Gesundheit, Sicherheit und Pension definiert und staatliche Basisleistungen dafür garantiert. Dabei gilt aber immer das Prinzip des Leistungsgedanken in der Form, dass sich Arbeit und Leistung lohnen sollen und eine „Vollkaskomentalität“ unterbunden wird.



## Grundsatzposition IV: Zukunft braucht Heimat



Heimat, Tradition und Kultur bilden die Identität für Staat und Volk. Nur aus starken Wurzeln kann eine gute Zukunft entstehen. Unser Werteverständnis fußt auf diesem Fundament.

Schutz und Wahrung von Heimat, Kultur, Tradition und Identität sind daher für uns politische Konstanten. Dies gilt insbesondere auch vor dem Hintergrund zunehmender Migration und den Folgen der Globalisierung.

Wir treten für eine Gesellschaft ein, die klare Grundregeln des Zusammenlebens de-

finiert, wobei Integrationsbereitschaft und Integrationspflicht eine Bringschuld der Zuwanderer bleiben. Das friedliche Miteinander kann nämlich nur dann gelingen, wenn die Einhaltung der Normen und Werte unserer Staats- und Gesellschaftsordnung, die auf der christlich-abendländischen Tradition fußt, von allen garantiert und bei Verletzung auch entsprechend sanktioniert wird. Das BZÖ folgt dem Prinzip Integration vor Neuzuwanderung.

Das BZÖ steht für Österreich als eigenständigen und selbstbewussten Staat in einem europäischen Staatenbund.



## Grundsatzposition V: Keine Freiheit ohne Eigentum



Das Recht auf Eigentum ist ein zentrales Freiheits- und Menschenrecht. Verantwortung des rechtsstaatlich-demokratischen Ordnungsrahmens ist es, die Erfüllung dieses Rechtes zu gewährleisten. Das Recht auf Privateigentum repräsentiert den wesentlichen Anspruch auf Entwicklung, Fortschritt und die Schaffung neuer Werte.

Der Staat ist in seinem Eigentumsrecht auf wenige, notwendige Kernbereiche beschränkt. Staatliche Aufgabe ist es, Wirtschaft und Bürger, Unternehmer wie Arbeitnehmer, so weit wie möglich zu entlasten und zu fördern sowie in Freiheit zu belassen, um die ökonomische Wertschöpfung zum gesamtgesellschaftlichen Nutzen unter optimierten Rahmenbedingungen zu gewährleisten.

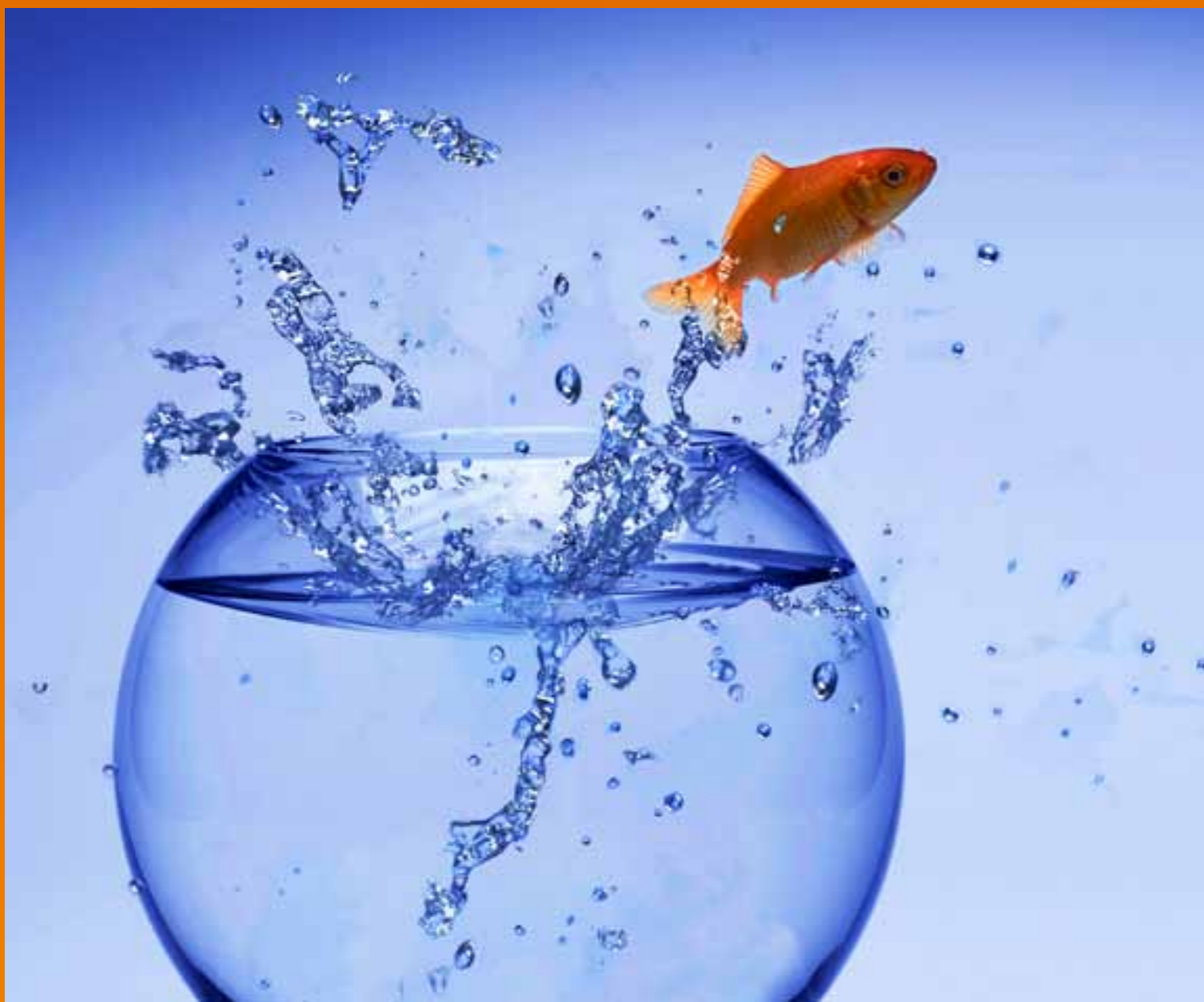
Das BZÖ fordert daher den Rückzug des Staates überall dort, wo zentrale staatliche Kernaufgaben überschritten werden. Wir wollen mehr wirtschaftliche Freiheit für den leistungsorientierten Mittelstand, weil nur ein sozialmarktwirtschaftliches, wertschöp-

fungsorientiertes Wirtschaftswesen der Gemeinschaft dient und Arbeitsplätze schafft. Marktwirtschaftliche Freiheit bedeutet die Freiheit von staatlichen Regulierungen, Kammer- und Verbandszwängen. Diese Freiheit braucht aber auch den Schutz vor zerstörerischen, weil neoliberalen Wirtschaftssystemen und leistungsfeindlichen Steuersystemen, die im Ergebnis den Mittelstand am stärksten belasten, die kleinen und mittleren Betriebe und damit Arbeitsplätze gefährden. Es muss daher klare gesetzliche Regeln für den Finanzmarkt geben. Es ist zudem eine der zentralen Aufgaben des Staates, das Eigentum der Bürger schützen. Der Kampf gegen die Kriminalität ist daher entschieden zu führen.

Schließlich sind auch Erkenntnis und Wissen Eigentum. Vor diesem Hintergrund plädiert das BZÖ für verstärkte Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation in der Form, dass fünf Prozent des BIP in Forschung und Entwicklung investiert werden, um Österreichs Wettbewerbsfähigkeit abzusichern.



## Grundsatzposition VI: Wohlstand und Fortschritt beruhen auf Leistung



Wohlstand und Fortschritt beruhen auf Leistung. Unser politisches Selbstverständnis betont daher den hohen Stellenwert des Leistungsstrebens und des Leistungsprinzips in einer solidarischen Bürgergesellschaft.

Aufgabe politischer Verantwortung ist es demnach, die Einhaltung der notwendigen Rahmenbedingungen einer solidarischen Bürgergesellschaft zu gewährleisten. Wir wollen dem folgend Leistung, Einsatz und Engagement fördern und belohnen, nicht bestrafen, dabei aber ein Abgleiten in eine durch individualistische Egoisten und Eigeninteressen dominierte Ellbogengesellschaft verhindern.

Das Leistungsverständnis des BZÖ ist ein Umfassendes. Es betrifft Arbeitsleistungen in Wirtschaft und Gesellschaft, in Familie

und Beruf ebenso wie idealistisch motivierte Leistungen in den vielen Sachbereichen von Ehrenamtlichkeit und Freiwilligkeit.

Wir vom BZÖ fordern daher den gesamtgesellschaftlichen Leistungsgrundkonsens ein. Leistung gilt nicht auf Kosten anderer, sondern zum Nutzen aller! Unsere Politik steht daher für die Schaffung jener notwendigen Rahmenbedingungen, die erreichen können, dass sich Leistung wieder lohnt. Diese Rahmenbedingungen umfassen etwa das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ebenso wie die Entsteuerung von Überstunden, die Senkung der Lohnnebenkosten, den Abbau von Bürokratie und Verwaltung, ein einfaches, faires und gerechtes Flat-Tax-Steuersystem für alle, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, aber auch die Aufwertung freiwillig und solidarisch erbrachter gesellschaftlicher Leistungen.



## Grundsatzposition VII: Sicherheit ist ein Bürgerrecht



Sicherheit ist ein Bürgerrecht. Sie in allen Belangen zu schaffen, aufrecht zu erhalten und zu gewährleisten, ist grundsätzliche Verpflichtung des Staates und seiner entsprechenden Institutionen. Das Recht auf Sicherheit betrifft die grundsätzliche Lebenssicherheit der Bürger ebenso wie soziale Sicherheit sowie die innere und äußere Sicherheit. Diesem individuellen wie gesamtgesellschaftlichen Sicherheitsbedürfnis ist bestmöglich zu entsprechen, denn nur eine sichere Staats- und Gesellschaftsordnung ist in sich selbst stabil und entwicklungsbereit.

Bei der Umsetzung dieser Aufgabe kommt dem demokratischen Rechtsstaat die Aufgabe der Ordnungsmacht nach den Prinzipien der strikten Gewaltenteilung zu, wobei die Rechtmäßigkeit der angewendeten Mittel und Instrumentarien nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und un-

ter Wahrung der Freiheits- und Persönlichkeitsrechte der Bürgerinnen und Bürger zu legitimieren sind: Denn nicht der Überwachungsstaat, sondern nur der überwachte Staat bietet Sicherheit.

Wir stehen für strenge Maßnahmen im Sicherheitsbereich, weil unser demokratisches Grundverständnis nicht die freiwillige Selbstaufgabe unserer Werte und Normen bedeuten kann, sondern zu deren Schutz verpflichtet.

Wir vom BZÖ fordern auch die notwendigen Maßnahmen im Bereich der äußeren Sicherheit ein: Eine aktive Sicherheitspolitik, auch auf europäischer Ebene, zur Konfliktvermeidung und Konfliktbewältigung ist ebenso wichtig wie ein funktionierender Heimatschutz durch ein professionell organisiertes und entsprechend ausgerüstetes Heer.



## Grundsatzposition VIII: Familie ist die Keimzelle der Gesellschaft



Was im Staat gedeihen soll, muss in der Familie beginnen. Familie ist und bleibt wesentliche Keimzelle jeder nationalstaatlichen und gesellschaftlichen Entwicklung. Sie zu unterstützen und zu fördern ist notwendige Verantwortung auch von Politik, Staat und staatlichen Institutionen. Unsere Politik bedeutet die maximale Autonomie der Familie. Sie überlässt die Gestaltung ihrer Lebenswelten, Partnerschaften von Mann und Frau und Familienwelten vollständig der Eigenverantwortlichkeit mündiger, selbst bestimmter Bürger. Ihr Schutz vor jedweder Diskriminierung ist zu gewährleisten.

Die privaten Lebenswelten der Menschen müssen und sollen privat bleiben, das Recht auf Privatsphäre bleibt innerhalb der rechtsstaatlichen Rahmenbedingungen unantastbar. Politische Verantwortung ist es dabei insbesondere, Schutz und Obacht für unsere Kinder sicherzustellen und ihre Rechte dort zu vertreten, wo sie selbst dazu nicht in der Lage sind. Elternschaft ist ein Privileg, Verantwortung gegenüber unseren Kindern vorrangige Pflicht: Kinder sind ein Wert an sich. Die Leis-

tungen der Mütter für Staat und Gesellschaft müssen dabei besonders honoriert und gefördert werden.

Unsere Politik ist eine Politik für Familien. Es ist eine Politik der Vorrangstellung der Interessen unserer Kinder und deren Schutz. Partnerschaft, Eheschließung und Kindererziehung bedürfen umfassender Verantwortung, sie müssen leistbar sein und bleiben. Dafür umfassend Sorge zu tragen muss Grundkonsens der solidarischen Bürgergesellschaft sein.

Das Recht auf Privatsphäre endet dort, wo es in grundlegende Rechte unbeteiligter, schutzwürdiger Dritter eingreift. Das BZÖ verwehrt sich daher gegen alle ungerechtfertigten Überwachungsstaatlichen Bemühungen (etwa im Bereich der Vorrats- oder Flugpassagierdatenspeicherung oder bei der Aufweichung des Bankgeheimnisses), spricht sich aber dezidiert für die notwendige Datenspeicherung, Vernetzung und Öffentlichmachung etwa im Bereich der organisierten Kriminalität oder der Sexualkriminalität und des Kindesmissbrauchs aus.



## Grundsatzposition IX: Nur Bildung eröffnet Zukunftschancen



Bildung kommt in einer sich stetig verändernden Welt und in der globalen Informationsgesellschaft eine wachsende Bedeutung zu. Bildung und Ausbildung sind elementar für Freiheit, Toleranz, Offenheit und Leistungsbereitschaft. Im Sinne unseres politischen Verständnisses bedeutet Bildung eine notwendige Investition in die Zukunft. Aufbau, Effizienz, Struktur und Organisation unseres Bildungswesens sind durch die Bündelung aller Kräfte, privater wie staatlicher, auf allen Ebenen zu gestalten.

Ziel muss ein breites, den vorherrschenden Bildungsanforderungen angepasstes Schul- und Ausbildungssystem sein, das Chancengleichheit für alle bietet, das bereits in frühen Lebensjahren Persönlichkeitsentwicklung fördert und unterstützt, grundlegende Kulturtechniken optimal vermittelt und in seinen Aufbaustufen ein umfassendes und für die Vielfältigkeit der möglichen spezifischen Bildungswege adäquates Bildungsniveau vermittelt. Bildung ist dabei nicht nur Vermittlung von Wissen und Lehrstoffen, sondern Anleitung zum Lernen und Persönlichkeitsbildung freier, kritischer selbstständig denkender Menschen.

Wir vom BZÖ stehen für ein Bildungssystem, das dem Grundrecht auf Bildung für alle entspricht. Unsere Politik tritt für die Einführung der Neuen Mittelschule ein, wobei auf allen Bildungsebenen und in allen Bildungsbereichen gleichermaßen größtmögliche Vielfalt existieren soll und es so jedem Einzelnen ermöglicht wird, den für ihn besten Bildungsweg zu beschreiten. Bildung ist Dienstleistung, ist Zukunftsinvestition mit gesamtgesellschaftlicher Rendite, Bildung bedeutet daher Wettbewerb.

Unsere Politik fordert deshalb auch das Aufbrechen veralteter Strukturen und das Zurückstellen von Gruppeninteressen etwa der Lehrgewerkschaft und tritt überall dort für einen Interessenausgleich ein, wo er (etwa im Bereich der Ferienzeitregelung) notwendig ist, um das Bildungswesen zu optimieren. Zu dieser Optimierung gehört auch der weitere Ausbau von ganztägigen Kinderbetreuungseinrichtungen und eine Qualitätssteigerung der österreichischen Universitäten durch mehr finanzielle Mittel und die Wiedereinführung der Studiengebühren.



## Grundsatzposition X: Nachhaltigkeit heute für die Generationen von morgen



Unsere Politik folgt in all ihrem Bemühen dem Prinzip der Nachhaltigkeit. Politisches Handeln darf nicht kurzfristig und aus parteipolitischem Eigeninteresse auf kurzfristige Stimmenmaximierung erfolgen, sondern muss in seinen politischen Handlungsmaximen dem langfristigen, nachhaltigen Nutzwert verpflichtet sein.

Das bedeutet: Echte, tatsächlich funktionale Zukunftskonzepte, statt vorgeblicher, kurzfristiger Reformen, und keine den nachfolgenden Generationen gegenüber verantwortungslose politischen Weichenstellungen.

Die Politik des BZÖ forciert das Prinzip der Nachhaltigkeit daher auch in den konkreten Politikfeldern und Lebensbereichen des Natur-, Klima- und Umweltschutzes. Wir stehen für ein zukunftsfähiges Konzept der gemeinsamen, globalen Verantwortung für Natur und Umwelt, für ein klares Nein zur Atomkraftnutzung und zur Gentechnik, für die machbare Energieautarkie Österreichs, für Ausbau und Förderung erneuerbarer Energieträger und moderner Umwelttechnologien, und für das grundsätzliche, nachhaltige Bekenntnis zum Umweltschutz als Heimatschutz.



## Grundsatzrede von Bündnisobmann Klubobmann Josef Bucher Nationalfeiertag, 26.10.2009, Wiener Hofburg



Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Danke für den freundlichen Empfang und auch ein herzliches Dankeschön an Zukunftsforscher Prof. Peter Zellmann, dass Sie uns teilhaben lassen an dieser Reise in die Zukunft, die sehr spannend war und die vor allem auch etwas Neues ist für eine politische Bewegung. Ich glaube, wir sind die erste politische Bewegung dieses Landes, die am Beginn eines Programm-Entstehungsprozesses einen Zukunftsforscher zu Rate zieht und mit ihm gemeinsam versucht, den Blick über den politischen „Schrebergarten“ hinaus zu wagen und Fragen zu stellen wie: Was kommt in den nächsten Jahren auf uns, auf die Bevölkerung zu? Mit welchen Veränderungen müssen wir leben, müssen wir uns zurechtfinden, wenn wir weiter in diesem Wohlstand und in dieser schönen Umwelt leben wollen?

Uns Politikern wirft man ja oft und gern vor, dass wir den politischen Blick bis maximal nach 12 Uhr wagen: Wenn das „Mittagsjournal“ zu Ende ist, ist auch die politische Pers-

pektive zu Ende. Nein, meine sehr geehrten Damen und Herren, meine lieben Freunde, das BZÖ will nicht in diese Falle tappen. Das BZÖ ist eine **Zukunftspartei!** Wir wollen **zukunftsweisende Politik für die Menschen** in unserem Land machen. Das ist der Auftrag, den wir haben!

Die heutige Programmkonferenz ist der Auftakt für die Entstehung, für die Erarbeitung eines Programms. Das ist also heute nicht der Abschluss, sondern der Beginn, und von hier aus, von der Hofburg aus, wollen wir starten. Heute legen wir unsere **zehn Grundsatzpositionen** vor, die wir uns **als Basis, als Fundament** gegeben haben und auf denen wir ein zukunftsweisendes Programm für Österreich aufbauen wollen.

Kürzlich hat Vizekanzler Josef Pröll eine Rede zur Lage der Nation gehalten, und wenn man sich diese Rede angehört hat, hat man den Eindruck vermittelt bekommen: Da spricht jemand, der neu ist, einer, der neu aufs politische Parkett gekommen ist,

um eine neue Politik zu machen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich rufe in Erinnerung: **Vizekanzler Pröll** war in den Jahren 2007 und 2008 **in der Bundesregierung unter Gusenbauer als Koordinator für die Regierungsarbeit zuständig** und ist **damit einer der Hauptverantwortlichen für das Scheitern dieser Koalition.** Die ÖVP ist seit 23 Jahren in der Regierung! Diese ÖVP ist also nichts Neues, die Politik der ÖVP ist nicht neu und Josef Pröll ist nicht neu.

Der heutige Nationalfeiertag, der 26. Oktober, ist, glaube ich, auch ein guter Anlass, über die eigentlichen Beweggründe nachzudenken, die Österreich dazu veranlasst haben, diesen Tag zum Nationalfeiertag, zum eigentlichen Tag der Befreiung Österreichs zu machen. Und wir sollten auch hinterfragen, wie es um diese Freiheit unseres Landes heute bestellt ist. Sind wir tatsächlich so frei wie wir sein wollen, so frei, wie es uns viele Politiker unseres Landes immer wieder bescheinigen? Oder ist es die typisch österreichische Freiheit, die wir meinen?

Diese „österreichische Freiheit“ sieht so aus, dass **Rot und Schwarz seit 1945 dieses Land in Geiselhaft** genommen haben, dass Rot und Schwarz über alle Bereiche des Lebens ihren Einfluss ausüben. Von der Wiege bis zur Bahre. Nicht einmal bei den Autofahrer-Klubs hat man die Möglichkeit, Rot und Schwarz zu entkommen! Denn für die Roten gibt es denn ARBÖ und für die Schwarzen den ÖAMTC. Und wenn man in dieser Republik beruflich weiterkommen will, wenn man sich weiterentwickeln will und einen besseren Job haben möchte, braucht man das Parteibuch. Schauen wir uns doch die Vorstandsetagen mal an: Beim Austria Wirtschaftsservice, bei der ÖBB, bei der ASFINAG, Nationalbank, der Finanzmarktaufsicht und wie sie alle heißen, die staatsnahen Unternehmen – überall ist der Vorstand, überall ist der Aufsichtsrat nach dem **„Ildefonso-Prinzip“, nämlich Rot und Schwarz im Reißverschlussystem** zusammengesetzt! Das ist die Freiheit auf österreichisch, meine sehr geehrten Damen und Herren! **Wir als BZÖ**



**wollen eine Partei sein, die das Land befreit aus der Geiselhaft von Rot und Schwarz!**

Ein weiteres Beispiel für die „österreichische Freiheit“: **Der Österreichische Rundfunk**. Jeder, der sich die Nachrichten ansieht, weiß: Es ist immer der Kanzler, immer der Vizekanzler, es sind immer die Regierungsmitglieder zu sehen – die Opposition wird ausgespart! Und gerade beim ORF hätte ich mir erwartet, dass ein staatlicher Rundfunk, der den Bildungsauftrag wahrzunehmen hat, auch die Opposition entsprechend mit berücksichtigt. Das aber ist immer seltener der Fall. Im Gegenteil, der **Regierungseinfluss ist immer stärker** geworden, und die **Arbeit der Opposition wird immer weiter an den Rand gedrängt**.

Es hat auch etwas mit Freiheit zu tun, wenn wir immer wieder auch auf die **ORF-Gebühren** hinweisen! Was ist denn das für eine Freiheit, wenn ich nicht einmal frei

bin in meiner Entscheidung, welches Programm ich anschau, ohne dass ich dafür eine ORF-Zwangsgebühr bezahlen muss für einen Sender, den ich unter Umständen niemals konsumiere?

Was ist das für eine Freiheit, wenn **jedem Arbeitnehmer und jeder Arbeitnehmerin** in unserem Land jeden Monat automatisch **eine Kammerumlage abgezogen** wird, damit sich eine Arbeiterkammer erhält, die zu hundert Prozent von der SPÖ politisch eingenommen ist?

Was ist das für eine Freiheit, wenn **jeder Unternehmer**, noch bevor er einen Euro Umsatz macht, die **Kammerumlage an die Wirtschaftskammer** zu bezahlen hat, die zu hundert Prozent von der ÖVP vereinnahmt wird?

Das sind Missstände, auf die eine Zukunftspartei wie wir hinzuweisen hat, damit solche Zustände endlich einmal der Vergangenheit angehören!

Mich erinnert das alles an ein Buch Jörg Haiders: „Die Freiheit, die ich meine“. Ein Buch, das vor vielen Jahren erschienen ist und heute aktueller ist als je zuvor. Seine Sicht hat sich bewahrheitet, dass die beiden großen Systemparteien Rot und Schwarz in diesem Land dafür sorgen, dass uns immer mehr Freiheit genommen wird.

Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, gerade auch deshalb müssen wir die Freiheit als Grundsatzposition immer wieder besonders hervorheben. Wir müssen den Menschen sagen: **Wir kämpfen für den letzten Rest an Freiheit in unserem Land!** Wir wollen dafür sorgen, dass sich jeder selbstbestimmt und frei entwickeln kann in einer freien Gesellschaft. Und dafür, dass der Staatseinfluss und Parteieneinfluss zurückgedrängt wird! Das muss unsere Zielsetzung sein!

Die Medien haben viel geschrieben und gefragt: Wohin geht der Weg des BZÖ in

den nächsten Jahren? Was will das BZÖ eigentlich mit dieser Diskussion erreichen? Unsere Antwort: Wir haben erkannt, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Freunde, dass nach dem Fall des Eisernen Vorhanges vor 20 Jahren eine **Zeitenwende** stattfindet. Und wir müssen uns als verantwortungsvolle politische Bewegung unseres Landes vorbereiten auf diese Veränderungen der nächsten Jahre. Denn sie werden massiv sein, sie werden niemanden verschonen, sie werden jeden betreffen, sie werden jeden politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereich betreffen. Daher ist es notwendig, dass wir uns ein neues Programm geben, das auf diese Veränderungen Antworten liefert. Dass wir die Bevölkerung nicht belügen, sondern ihr die Wahrheit sagen und ihr die Situation, wie sie ist, vor Augen führen und Lösungen anbieten. Wir machen keine selbstverliebte und beliebige Politik für eine Partei, sondern Politik für die Menschen! Für sie sind wir da! Für sie wollen wir arbeiten!



**Wir wollen eine Politik machen, die ausschließlich unterscheidet zwischen richtig und falsch!** Wir wollen mobil sein, wir wollen beweglich sein, was die politischen Anforderungen und die Bewältigung der großen Herausforderungen anlangt, die auf uns zukommen. Danach haben wir unsere Politik auzurichten!

Der **orange Faden, der sich durch unsere zehn Grundsatzpositionen zieht ist: Leistung muss sich wieder lohnen!** Wir wollen einen Schutzschirm bilden – nicht für die Banken, wie das die ÖVP macht, sondern wir wollen der Schutzschirm sein für die fleißigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für die tüchtigen Unternehmerinnen und Unternehmer in unserem Land, damit sich Leistung wieder lohnt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir leben in einem Land, in dem es notwendig sein wird, den Leistungsgedanken wieder in den Vordergrund zu stellen! Das sage ich im vollen Bewusstsein dessen, was an großen Herausforderungen und Veränderungen in den nächs-

ten Jahren auf uns zukommt. Wir müssen die Leistung hervorheben! Denn das Tempo von Wettbewerb und Wandel wird weiter zunehmen. Kein Stein bleibt auf dem anderen, viele werden sich umorientieren und verändern müssen.

Wir haben eine Bundesregierung, die den **höchsten Schuldenstand der Zweiten Republik** angehäuft hat! Man muss sich das einmal vor Augen halten: 240 Milliarden Euro wird der Schuldenstand im Jahr 2013, am Ende dieser Legislaturperiode ausmachen. Und dann kommen noch 30 Milliarden an Schulden der ASFINAG und der ÖBB dazu! Das sind **270 Milliarden Euro an Schulden!**

Denken Sie daran, dass **alleine die Zinsen** für diese 270 Milliarden € in etwa **11 Milliarden € pro Jahr** ausmachen werden! Zinsgelder, die das Budget für die Menschen kürzen und die **zu 70 Prozent ins Ausland** abfließen und nicht einmal in Österreich bleiben, weil es Schulden sind, die an ausländische Investmentbanken zu zahlen sind!

Das, meine Damen und Herren, ist die Realität! Wir engen unsere finanziellen Spielräume immer mehr ein. Richtig wäre, heute die Weichen stellen, damit die gesellschaftlichen Spannungen nicht größer und die Spielräume nicht kleiner werden. Wir müssen – und das ist mein fester Wille – **das BZÖ zu einer wirklichen Anti-Schulden-Partei entwickeln!** Das muss unser Auftrag sein. Wir müssen eine **Schuldenbremse** einführen, wir dürfen der Bundesregierung nicht alles in die Hand geben, um noch weitere Schulden zu machen! Deswegen, weil wir auch an die nächsten Generationen denken müssen! Sie haben ein Anrecht darauf, dass wir ihnen ein geordnetes Land überlassen und keinen gigantischen Schuldenberg!

Wir haben in vielen Bereichen Reformbedarf, vor allem auch im Steuersystem. **Österreich hat das komplizierteste Steuersystem in Europa.** Wir haben mit vielen Steuerexperten immer wieder Gespräche geführt, und sie alle sagen, dieses Steuersystem, das wir gegenwärtig in Österreich haben, versteht

gerade einmal eine handvoll Leute. Nur ganz wenige sind in der Lage, beispielsweise das Einkommensteuergesetz noch zu verstehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir leisten uns die teuerste Umverteilung in diesem Land. Wir haben seit der Nachkriegszeit sozialistisches Umverteilungssystem entwickelt, das teuer, ineffizient und ungerecht ist. Ein Umverteilungssystem, mit dem wir nicht in die Zukunft gehen können, weil es für uns Ballast sein wird. Wir **brauchen** daher ein **schlankes Steuersystem mit niedrigeren Steuern.** Wir haben **derzeit eine Steuer- und Abgabenquote** – das sind Steuern und Sozialversicherungsbeiträge – **von 42 Prozent!** Die **Schweiz** kommt mit **30 Prozent** aus, und ich habe noch nie gehört, dass man sich in der Schweiz beklagt über die Investitionen in Verkehr, Gesundheit, Bildung oder bei den Pensionen. Dort läuft alles ganz normal und vorbildlich ab, und die Bevölkerung ist im Gegensatz zu Österreich aktiv eingebunden in den Entscheidungsprozess.



Wir aber sind ein Hochsteuerland, und wir werden zunehmend Probleme bekommen im Standortwettbewerb, wenn wir nicht mit den Steuern herunterfahren! Jedes Unternehmen, das Investitionen in einem Land tätigt, schaut sich auch die Steuerbelastung in den einzelnen Ländern in Europa an, schaut sich natürlich auch die Dienstleistungsqualität und die Motivation der Mitarbeiter an. Aber wir haben einen eklatanten Standortnachteil aufgrund der hohen Steuerbelastung, und wir haben ein Steuersystem, bei dem sich Leistung nicht mehr lohnt. Jeder, der Überstunden macht, fragt sich doch: Wofür mache ich Überstunden, wenn 50 Prozent davon an den Staat gehen?

Jeder hat schon Gehaltssprünge in seinem Betrieb erlebt, und wir sehen, dass nach einem Gehaltssprung oft weniger Geld herauskommt. Das ist nicht leistungsfördernd, das ist nicht leistungsorientiert, meine sehr geehrten Damen und Herren! Daher sagen wir ganz klar: **Runter mit den Steuern,**

**dann geht es wieder rauf mit der Beschäftigung und dem Wohlstand!**

Wir vom BZÖ haben uns Gedanken gemacht: Welches Steuersystem braucht dieses Land? Womit können wir in eine vielversprechende Zukunft gehen? Welches Steuersystem stellt einen niedrigen Steuersatz, einen sozialen, fairen, gerechten Steuersatz sicher und ist vor allem effizient?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben das **BZÖ-Flat-Tax-Modell** entwickelt, und das ist ein Modell mit Zukunft. Viele osteuropäische Länder haben bereits dieses Steuersystem eingeführt, und auch in Deutschland wird dieses Modell jetzt diskutiert, weil ein Flat-Tax-System wirklich fair und gerecht ist.

Die steuerliche Belastung wächst mit der Zunahme des Einkommens. Ziel ist es daher, dieses Flat-Tax-Modell in Österreich einzuführen, und ich traue mich die Prognose zu stellen, dass wir in Österreich in Zu-

kunft um dieses Flat-Tax-Modell nicht herumkommen.

Dies **Flat-Tax besteht aus einem einheitlichen Steuersatz, einer Einheitsabgabe, nämlich Steuer inklusive Sozialversicherungsabgabe.** Heute haben wir den maximalen Steuersatz bei 50 Prozent und den maximalen Sozialversicherungsbeitrag bei 18 Prozent.

Wir haben in unserem Modell einen **Einheitssteuersatz von rund 40 Prozent, inklusive aller Sozialversicherungsbeiträge sowie einen Freibetrag von 11.000 €.** Das entlastet die unteren und mittleren Einkommen. Jene, die das Geld sofort ausgeben, investieren damit in den Konsum, wodurch wirtschaftliches Wachstum möglich wird. Dieser einheitliche Steuersatz soll über das Finanzamt eingehoben werden. Und nur mehr das Finanzamt! Keine Sozialversicherungsabgaben mehr an irgendwelche Sozialversicherungsanstalten, womit auch klar ist: **Wir brauchen die**

**über 20 Sozialversicherungsanstalten nicht mehr!**

Das einfachste **Rechenbeispiel** ist: Wenn Sie **20.000 € pro Jahr verdienen**, kommen **11.000 € Freibetrag** weg, **bleiben 9.000 €**, und **von diesen 9.000 € zahlen Sie nur mehr rund 40 Prozent.** Damit haben Sie eine **Steuerersparnis von über 30 Prozent gegenüber dem derzeitigen System.** Wir lassen damit das Geld in den Geldbörsen der arbeitenden Menschen in unserem Land!

Und was die **Unternehmensbesteuerung** angeht, ist **auch eine Schiefelage** gegeben, wenn die Konzerne über die Gruppenbesteuerung weniger zahlen als 20 Prozent, während viele Betriebe nach wie vor 50 Prozent Steuern zahlen. Das ist doch nicht fair und gerecht! Warum können es sich die großen Konzerne richten, während die Ein-Personen-Unternehmen, die kleinen und mittleren Betriebe, nicht die Abschreibungsmöglichkeiten wie die großen Betriebe haben?



Daher sagen wir: **25 Prozent für alle Unternehmen!** Das ist fair und gerecht, das beseitigt alle Unterschiede und Ungerechtigkeiten. Das ist ein Steuersatz, der vertretbar ist, der die Wirtschaft fördert, den Mittelstand fördert und eine entscheidende Basis für Wirtschaftswachstum ist! Die kleinen und mittleren Betriebe sind nämlich das Rückgrat unserer Volkswirtschaft, sie sorgen für Arbeitsplätze und wirtschaftliche Weiterentwicklung. Und das ist unsere Klientel. Auf sie wollen wir achten, für sie wollen wir Politik machen.

**Die ÖVP**, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist längst zu einer beliebigen **Partei der Konzerne, der Banken und Beamten** geworden. Die ÖVP, die die Gruppenbesteuerung eingeführt hat, damit sich die Konzerne die Steuern sparen, die für die Banken die Regulierung abgeschafft hat, 100 Milliarden € für die Banken und die Rettung ihrer Institutionen zur Verfügung stellt, damit sie neuerlich auf dem internationalen Finanz- und Kapitalmarkt zu spekulieren beginnen

und sich zwei Milliarden an Steuern ersparen, nur weil sie auf Jersey, Zypern oder in Singapur Niederlassungen haben. Und die Suppe muss der Steuerzahler auslöffeln! Wir alle, die tüchtigen und fleißigen Menschen in unserem Land, die Steuern zahlen, werden zur Kasse gebeten, damit es den Banken besser geht!

Dazu sagen wir: Nein! Wir wollen eine steuerliche Entlastung für den Mittelstand, für die Tüchtigen, für die Fleißigen in unserem Land. Wir wollen eine starke, effiziente Kontrolle der Banken, damit sie nicht mit unserem Geld in die internationalen Casinos gehen und dort das Geld verspekulieren – und wir am Ende die Zeche zu zahlen haben! In diesem Zusammenhang sind auch die Lohnnebenkosten für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erwähnen, die ja nicht verstehen, dass ihnen 18 Prozent abgezogen werden. Ein großer Anteil davon geht nämlich nur in die Verwaltung, in die Bürokratie. Daher: **Sofortige Senkung der Lohnnebenkosten!**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Reformen werden notwendig sein – wir **wollen die Reformpartei in Österreich sein**. Aber wenn wir Reformen machen wollen, und daran führt kein Weg vorbei, dann müssen wir auch auf die soziale Balance in unserem Land achten. Die soziale Balance muss gewahrt bleiben! Die soziale Balance ist wichtig, und daher haben wir auch gesagt: **Ja, wir wollen die Einführung eines Transferkontos**. Wir wollen endlich einmal wissen, wohin die sozialen Gelder fließen, wie die sozialistische Umverteilung, wo man vorher den Menschen das Geld aus der Tasche zieht und dann teuer wechselt und es den Menschen in Form von Almosen wieder zukommen lässt.

Wir wollen wissen, wie viel tatsächlich wohin umverteilt wird. Und wir haben auch aus dieser Diskussion heraus erkannt, dass es im Zuge der Einkommensvergleiche enorme Unterschiede gibt. Viele haben von dieser Studie des Grazer Joanneum Research in der Zeitung gelesen, wo eine Familie mit

zwei Kindern 950 € netto verdient, die andere Familie 3.900 € netto, und unterm Strich kommen aber beide auf dasselbe Familieneinkommen. Das geht nur über die Sozialleistungen, und da muss man sich ehrlicherweise fragen: Ist das gerecht? Macht sich Leistung in unserem Land noch bezahlt? Oder werden sich viele dieser Familienväter und auch dieser Mütter fragen: Wozu muss ich denn überhaupt zur Arbeit gehen, diese Überstunden machen, mir diese Gehalts-sprünge erkämpfen und erarbeiten, wenn unterm Strich gleich viel Einkommen herauskommt wie bei jenen, die 950 € verdienen?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nur damit das auch klar ist: Wir wollen niemandem etwas wegnehmen. Aber **wir wollen jene steuerlich entlasten, die mehr leisten in unserem Land, die mehr arbeiten**. Sie müssen am Ende des Tages auch mehr in den Geldbörsen haben! Es geht um Verteilungsgerechtigkeit und um Steuergerechtigkeit in unserem Konzept!



Und wenn wir von Verteilungsgerechtigkeit reden, müssen wir uns auch die Frage stellen: Ist das Konzept der Mindestsicherung das geeignete Mittel? Wir haben heute schon gehört, wir stehen an einer Zeitenwende, wir gehen neuen, spannenden, aber nicht einfachen Zeiten entgegen, die uns vieles abverlangen. Wir brauchen daher eine leistungsorientierte Gesellschaft, die dem Wettbewerb auch standhält, der in den nächsten Jahren auf uns zukommt. Und dieser Wettbewerb wird global geführt. Das ist nicht ein Wettbewerb Kärnten gegen die Steiermark, Vorarlberg gegen das Burgenland – nein, es ist ein globaler Wettbewerb, in dem die Leistung zählen wird. Daher ist es wichtig, dass wir eine leistungsbereite und leistungswillige Gesellschaft haben, die sich diesem Wettbewerb stellt, einem Wettbewerb, der gegenüber China, Indien, den USA standhalten muss. Das ist die große Herausforderung der Zukunft, und da brauchen wir keine Mindestsicherung, wo sich Menschen in eine soziale Hängematte begeben und sagen: Egal, was mir

geschieht, ich habe immer noch den Staat, der mein Einkommen sichert.

Da hat es einmal einen US-Außenminister Henry Kissinger gegeben, der bezüglich eines Vergleichs zwischen Europa und den USA gesagt hat: „Natürlich imponiert mir der soziale Friede in Europa. Das ist eine Errungenschaft, die anzuerkennen ist. Aber was ich nicht verstehe, das ist, dass man sich in Europa aussuchen kann, ob man arbeitet oder nicht.“ Meine sehr geehrten Damen und Herren! In diesem Satz von Kissinger steckt sehr viel Wahrheit: Da kann man sich aussuchen, ob man arbeitet oder nicht. Denn jene, die arbeiten, sind oft die Draufzahler in unserem System gegenüber jenen, die keinen Arbeitswillen an den Tag legen.

Daher haben wir einen neuen Vorschlag, der die Mindestsicherung ersetzt, aber zugleich Leistung fördert: **Wir wollen ein leistungsorientiertes Bürgergeld**, das Motivation ist. Aber es muss Schluss sein mit dieser aufwendigen Umverteilung, wo sich niemand

mehr auskennt, wer von wem wie viel bekommt. Wollen wir den Menschen zumuten, dass sie in einem Canossa-Gang von einer Stelle zur anderen pilgern, um dort irgendwelche Almosen abzuholen? Nein, wir wollen das nicht! Wir wollen ihnen ein Bürgergeld zukommen lassen, das **um 30 Prozent niedriger ist als der Mindestlohn**. Das wäre fair und gerecht, ein Bürgergeld, das vom Finanzamt ausbezahlt wird, ca. 730 Euro ausmacht und wo man nebenher noch etwas dazu verdienen kann. Unser Bürgergeld ist flexibel: **Steigt der Verdienst, sinkt das Bürgergeld**. Wir wollen nämlich ein Bürgergeld für jene, die es brauchen, und nicht für alle jene, die es wollen. Und das ist der Unterschied zur Mindestsicherung!

Die Mindestsicherung führt ja darüber hinaus auch in eine Pensionsfalle. Wir haben heute von Fallen gehört, in die man geraten kann. Und die Mindestsicherung führt in eine Pensionsfalle, weil ja klar ist, dass Menschen, die die Mindestsicherung bekommen, am Ende des Tages, wenn sie

in Pension gehen, zu wenig Beitragsjahre haben, zu wenig Geld eingezahlt haben und daher für sie unterm Strich weniger herauschaut.

Daher müssen wir uns auch das Thema Pension sehr genau anschauen! Wir wollen – das ist ein fester Grundsatz, der auch in diesem Grundsatzpapier zum Ausdruck kommt – den Menschen die Wahrheit sagen, und die Wahrheit ist, dieses Pensionssystem, das wir gegenwärtig in Österreich haben, ist nicht zukunftsfest, und es ist auch nicht zukunftstauglich, weil es zu starr und ungerecht ist, weil es zu wenig flexibel und sicher ist. Dieses **bestehende Pensionssystem ist ungerecht**, wenn wir auf der einen Seite **700.000 Pensionistinnen und Pensionisten** haben, die **weniger als 714 Euro pro Monat bekommen** und auf der anderen Seite haben wir Beamtinnen und **Beamte**, die **mit 2.700 € pro Monat im Durchschnitt in Pension** gehen. Oder die Pensionisten der **Notenbank**, die **im Durchschnitt 70.000 €**



**pro Jahr an Pension** erhalten! 70.000 € pro Jahr im Durchschnitt – von der Putzfrau bis zum Gouverneur! Und wir haben auch noch immer ehemalige **Bedienstete der ÖBB, die mit 52 Jahren in Pension gehen**. Das ist das Pensionssystem in Österreich, und mit diesem Pensionssystem können wir nicht zufrieden sein!

Wir wollen einen neuen Vorschlag machen, wie wir die Pensionen in Zukunft sichern, nämlich mit einem **verzinsten Pensionskonto**. Einem **Pensionskonto, wo jeder selbst bestimmen kann, wie lange er arbeitet, wo jeder auch auf seinem Konto sieht, wie viel er eingezahlt hat, wie viele Versicherungsjahre er noch braucht, wie viele ihm fehlen, um am Ende ein entsprechende Pension zu bekommen**. Damit ist jeder in seiner Entscheidung frei und der Staat kann nicht mehr vorschreiben, du musst mit 65 in Pension gehen! Warum sollen die Menschen, wenn sie älter werden und sich fit genug fühlen, in Pension geschickt werden? Warum sollen sie

nicht bis 70 arbeiten dürfen, wenn sie das wollen? Dann haben sie eben mehr Pension, und das ist doch etwas Modernes, das ist etwas Leistungsförderndes, das ist etwas Zukunftstaugliches! Das wollen wir in der Diskussion erreichen: Den Menschen mehr Freiheit, aber auch die Sicherheit zu geben, dass der Betrag, den sie eingezahlt haben, ihnen dann auch wirklich zur Verfügung steht!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir fühlen uns den Eltern und Großeltern verpflichtet. Für uns als Familienpartei ist es klar, dass wir ihnen zu Dank verpflichtet sind für den Aufbau der Zweiten Republik, der uns ein Leben in Wohlstand ermöglicht hat. Es muss unwiderruflich klar sein, und das ist auch unsere feste Überzeugung, dass wir **an dieser Hacklerregelung festhalten. 45 Beitragsjahre müssen reichen**, meine sehr geehrten Damen und Herren! Menschen, die 45 Jahre einbezahlt haben in ein Pensionssystem, haben ein Anrecht darauf, in Pension gehen zu können!

**Leistung muss sich lohnen** – das gilt für die Pensionen, **das gilt aber auch für die Bildung**. Auch im Bereich der Bildung hängen wir noch einem alten System, das in dieser Art und Weise schon längst überholt ist, mit dem wir nicht die Bildungsstandards erreichen, die andere vergleichbare europäische Länder, vor allem skandinavische Länder, erreichen. Das heißt, wir müssen für eine leistungsorientierte Gesellschaft auch eine leistungsorientierte und leistungswillige Erziehung haben. Es ist wichtig, dass wir den jungen Menschen diese Leistungsbereitschaft und Verantwortlichkeit deutlich klar machen.

Es gibt da diesen weisen Spruch, den wir bei unzähligen Debatten im Hohen Haus immer wieder hören: Die Zukunft unseres Landes wird in den Klassenzimmern entschieden. Ein Stehsatz, den wir fast bei jeder Rede hören. Ich frage mich immer, wenn ich das höre, was sich die Schüler dabei denken, wenn sie auf der anderen Seite hören, dass die Lehrer-gewerkschaften es nicht einmal ermöglicht,

dass die Lehrer zwei Stunden länger pro Woche in den Klassenzimmern sind!

Unser Zorn richtet sich nicht gegen die Lehrer, weil ich viele Lehrer kenne und auch weiß, dass die Lehrer von sich aus bereit wären, mehr zu leisten und sich noch mehr einzubringen und noch mehr den Schülerinnen und Schülern zuzuwenden. Sie wollen ja auch, dass der Schüler im Zentrum der Bildungspolitik steht, und nicht die Lehrer-gewerkschaft. Unser Zorn und unsere Kritik richtet sich gegen die Lehrgewerkschaft, gegen ihr fehlendes Verständnis, an dieser Bildungspolitik endlich auch einmal etwas verändern zu wollen und einzusehen, dass wir in einer Sackgasse sind, wo wir nicht weiterkommen.

Wir brauchen eine Bildungspolitik, die den jungen Menschen Perspektiven eröffnet, die den jungen Menschen Leistungswilligkeit mit auf den Weg gibt. Das wäre eine Bildungspolitik mit Visionen! Es sind und bleiben die Lehrgewerkschaften, die nicht



bereit sind, die sich der Zukunft zu Weg stellen, die nicht bereit sind, zu erkennen, dass wir auf diese Art und Weise die Bildungspolitik unseres Landes gegen die Wand fahren. In unseren Programmen wird ein klares **Bekenntnis zu einer modernen Bildungspolitik** stehen, weil wir ja auch die Eltern verstehen müssen. Es ist nicht hinzunehmen, dass wir in Österreich **140 Millionen € pro Jahr für Nachhilfestunden** ausgeben. Es hat die Jugend, es haben die Kinder einen Anspruch auf gute Bildung! Dieser Anspruch wird ja über die Steuerleistung auch bezahlt! **Bildung ist ein Bürgerrecht**, das wir hervorstreichen und stärken wollen.

Und es ist dabei auch klar, dass wir für die Lehrer eine Infrastruktur schaffen müssen, damit sie gute Arbeit leisten können in, und dass sie ein Büro haben, das ihnen zur Verfügung steht, damit sie acht Stunden am Tag in der Schule verbringen können. Dann erübrigt sich die Nachmittagsbetreuung von allein! Dann werden die Kinder auch mit der Nachhilfe versorgt, die sie brauchen, um auf-

steigen zu können. Das sind Überlegungen und Visionen, an denen wir festhalten wollen, damit das Bildungssystem reformiert wird, damit die Schüler etwas davon haben, und sich nicht die Lehrgewerkschafter die Hände reiben können!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die BZÖ-Politik der Zukunft ist eine Politik, die auch stark an die Jugend herangetragen werden muss. Die **Jugend ist das Kapital der Zukunft**, heißt es so schön, und um die Jugend müssen wir uns auch Sorgen machen. Es ist sehr frustrierend, wenn wir gerade jetzt, im Herbst, in den Schlagzeilen lesen müssen, dass viele tausend Jugendliche keinen Lehrplatz erhalten. Was geht in diesen jungen Menschen vor, in jungen Menschen, die eine Lehre hinter sich gebracht haben und die dann in der Situation sind – und ich sage das jetzt bewusst so emotional, – nicht gebraucht zu werden? Und in dieser Situation sind sehr viele Jugendliche: Sie haben das Gefühl, sie werden nicht gebraucht! Wir müssen daher für die Lehrlinge

gleichermaßen da sein wie für alle anderen Jugendlichen und dürfen **keinen Unterschied zwischen Schüler und Lehrling machen!** Und da wende ich mich jetzt einmal an die Wirtschaftskammer und sage: So überflüssig die Wirtschaftskammer auch ist, aber sie sollte sich einmal um die Lehrlinge kümmern, denn das sind die Facharbeiter der Zukunft!

Wenn wir von der Überschuldung sprechen, dann geht es auch um die Sicherung der medizinischen Versorgung. Wenn wir sehen, wie sich der Schuldenberg entwickelt und immer größer und größer wird, wie sich die Zinslast beinahe verdoppelt in den nächsten Jahren, dann müssen wir ernsthaft Sorge haben, ob genügend Geld vorhanden sein wird für die medizinische Versorgung, oder ob wir womöglich in eine Zwei-Klassen-Medizin-Epoche hineingehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das wollen wir nicht! Wir wollen das verhin-

dern und sicherstellen, dass unser gutes, ja ausgezeichnetes Gesundheitssystem, das teuer ist, aber gut ist, erhalten bleibt, und dass es keine Frage sein darf, ob man sich ein Hüftgelenk jetzt leisten kann oder nicht. **Medizinische Hilfe muss für jedermann zugänglich sein!** Jeder muss die bestmögliche medizinische Versorgung erhalten!

Und wir wollen nicht am Patienten sparen. Es wird notwendig sein, dass wir in Zukunft den **Sparstift ansetzen, aber nicht am Patienten, sondern am System.** Und wenn wir das Sozialsystem in Österreich mit den über 20 Sozialversicherungsanstalten anschauen: Da hat zum Beispiel jeder einen Dienstwagen mit Chauffeur. Ich habe keinen Dienstwagen und keinen Chauffeur, und ich kann mir nicht vorstellen, was der Direktor damit macht. Der fährt in der Früh ins Büro und braucht einen Dienstwagen und einen Chauffeur, und am Abend bringt ihn der Chauffeur wieder nach Hause! Meine Damen und Herren, das ist Anachronismus, das brauchen wir nicht in unserem Land!



Daher wird es auch in Zukunft notwendig sein, auf all diese Missstände hinzuweisen und dafür zu sorgen, dass es zu einem Gesprächsthema wird, so wie wir das bei der ÖBB gemacht haben, wo wir darauf hingewiesen haben, dass es unzumutbar ist, dass Bedienstete der ÖBB im Durchschnitt 27 Krankenstandstage haben. Das ist unzumutbar in einer Leistungsgesellschaft!

Und da stellt sich ein Herr Haberzettl hin und beschwert sich darüber, dass die Krankenstandstage von 27 auf 17 reduziert werden konnten, weil man dort ein leistungsorientiertes, privatwirtschaftliches Dienstrecht eingeführt hat! Darüber beschwert sich ein Gewerkschafter dieser Republik! Es ist unzumutbar, wenn sich ein Gewerkschafter hinstellt und zu seinen Genossinnen und Genossen sagt: Meine lieben Freunde, ihr habt ein **Anrecht auf 17 Tage Krankenstand!** „Anrecht auf Krankenstand“ in der Sozialdemokratie – meine Damen und Herren, das widerspricht jeglichem leistungsorientiertem Denken in einer leistungs-

**orientierten Gesellschaft!** Das wollen wir nicht, das brauchen wir nicht, das ist zu teuer und einfach verwerflich!

Wer unsere Gegner sind, das muss man klar sagen: **Unsere Gegner sind die Gewerkschaften!** Das sage ich so offen und scharf. Die Gewerkschaften sind die **Blockierer und Verhinderer** und jene, die uns allen die Zukunft verbauen. Die Gewerkschaften arbeiten nur für den Eigennutz! Sie haben die AUA auf dem Gewissen, sie haben die ÖBB auf dem Gewissen, sie haben die BAWAG in den Ruin geführt! Die Gewerkschaften, meine sehr geehrten Damen und Herren, zersetzen unsere Wirtschaft!

Wir werden in Zukunft auf alle diese Fragen und auf all diese Problembereiche gezielt hinweisen und ganz klar die Dinge beim Namen nennen. Wir leisten uns als kleines Land viel zu große Gremien. Verglichen mit Bayern – zirka 14 Millionen Einwohner – leisten wir uns mit **acht** Millionen Einwohnern einen Bundesrat, einen Nationalrat, neun Landta-

ge, neun Landesregierungen, Bezirksschulräte und Schulräte. Und einen Bundespräsidenten. Meine Damen und Herren! Es hat sich in den letzten Jahren sehr viel verändert, auch im Nationalrat, und auch meine Kolleginnen und Kollegen aus dem Hohen Haus wissen, dass über 60 Prozent aller Gesetze aus Brüssel kommen und im Hohen Haus nur mehr durch gewunken werden. Das heißt, wir befassen unsere Abgeordneten zum Nationalrat nur noch minimal im Vergleich mit den Jahren davor. **Wir brauchen daher nicht mehr 183 Abgeordnete, nein, wir kommen mit der Hälfte aus! Und wir brauchen keinen Bundesrat!** Der gehört abgeschafft! Das ist notwendig und sinnvoll, weil wir von oben nach unten sparen müssen, weil wir eine schlanke Organisationsstruktur brauchen in unserem Land, die zielgerichtet und effizient ist.

Wenn wir die wichtigsten Bereiche herausnehmen, die wir finanziert haben wollen, dann müssen wir feststellen, dass auch für die Sicherheit zu wenig Geld vorhanden

sein wird. Und ich sage ganz entschieden: Für eine Partei, die für Freiheit, für die Freiheit des Einzelnen kämpft, muss auch **die Sicherheit wichtig** sein. Weil Freiheit nur dann existieren kann, wenn wir in einem sicheren Land leben! Die Sicherheit ist wichtig, denn nur ein sicheres Land verspricht auch Wirtschaftswachstum und ist ein guter Standort für wirtschaftliche Entwicklung. Daher werden wir auch auf die Sicherheitsdefizite unseres Landes immer wieder hinweisen.

**Allein in Wien** werden – das muss man sich einmal vorstellen – **97 Prozent der Einbrüche und Diebstähle nicht mehr aufgeklärt.** Meine Damen und Herren, wir leben in einer Zeit der wirtschaftlichen Veränderungen, und in dieser wirtschaftlichen Rezession wird die Zahl der Verbrechen zunehmen. Das heißt, wir brauchen auch die Spielräume, wir brauchen das Geld für die Sicherheit, für den Polizeiapparat und die Exekutive unseres Landes. Es wird unverzichtbar bleiben, auch in Zukunft dafür zu sorgen, dass wir nicht alle nach Österreich herein lassen.



Wir sehen ja auch, dass entlang der großen Hauptverkehrsrouten die meisten Verbrechen und Einbrüche stattfinden. Wir wollen die **Grenzbalken herunterlassen, wenn wir glauben, dass es notwendig ist!** Wir brauchen an der Grenze Polizei und Bundesheer. Wir brauchen die Zusammenführung der **Grenzsicherung von Polizei und Bundesheer**, damit wir effizient und schlagkräftig unsere Grenzen kontrollieren können. Das wird unabdingbar notwendig sein!

Viele werden jetzt sagen: Na ja, dieser veränderte Kurs – was heißt das? In welche Zukunft gehen wir? Heißt das Abstriche, Veränderungen von all dem, was in der Vergangenheit für uns richtig und wichtig war? – Nein! Ich sage Ihnen beispielsweise, dass wir in der Asylfrage auch in Zukunft das sagen, was wir in der Vergangenheit gesagt haben: **Asyl für jene, die es brauchen. Aber jene, die das Gastrecht missbrauchen, sollen abgeschoben werden**, die brauchen wir nicht in unserem Land! Wir werden auch dafür sorgen, dass es **kein zweites Erstauf-**

**nahmezentrum** in Österreich geben wird, weder in der Steiermark noch in Kärnten oder sonst wo! Das brauchen wir nicht!

Das BZÖ hat als einzige politische Kraft des Landes ein eigenes Konzept, was die Einwanderung anlangt. **Wir wollen eine Green Card einführen**, eine Green Card nach dem Beispiel Kanadas. Kanada ist auch ein freies Land, aber dort ist es rechtlich so vernünftig geregelt, dass **nur jene einwandern dürfen, die auch einen Job haben, die integriert sind, die die Sprache lernen, die die Kultur anerkennen**. Das möchten wir auch für Österreich!

**Die Politik der Zukunft ist auch eine Politik der Nachhaltigkeit**, und wir haben diesen Anspruch der Nachhaltigkeit auch in unsere Grundsatzpositionen hineingeschrieben und einfließen lassen. Nachhaltigkeit steht für **Natur- und Umweltschutz**. Ja, wir widmen uns all diesen wichtigen Fragen der Zukunft, weil es sich eine Zukunftspartei nicht leisten kann, diese Fragen auszulä-

sen. Denn der Klimawandel findet statt. Mit oder ohne uns. Er findet statt. Ein wichtiges Thema in diesem Zusammenhang ist die Frage der Energieversorgung. Die Energieversorgung haben wir zu einem wichtigen Thema gemacht. Wir haben ein Konzept entwickelt, mit dem wir sicherstellen, dass wir **Österreich in den nächsten 20 Jahren energieunabhängig machen** können. Wir als BZÖ haben ein umfassendes Leitbild erstellt, das gewährleistet, dass wir energieunabhängig werden, dass wir in erneuerbare Energieformen investieren, ob Wasserkraft, Photovoltaik, Solarenergie, Biothermie, Bio-Kraft-Wärme-Kopplungen oder Biogasanlagen. All das haben wir mit einbezogen in unsere gesamthafte Betrachtung Österreichs, weil es notwendig ist, dass wir uns nicht den ausländischen Einflüssen gegenüber in Abhängigkeiten begeben und dem Klimawandel tatenlos begegnen.

Wir haben das ja schon erlebt: Wenn der Herr Putin mit dem falschen Fuß aufgestanden ist, hat er den Gashahn abge-

dreht. Wir müssen unsere Energie bei uns erzeugen! Und wir haben auch aus dieser Überlegung heraus und im Interesse der Stromkunden in unserem Land **Nein** zum neuen Ökostromgesetz gesagt: Weil wir ganz bewusst **den Stromkonzernen die Rute ins Fenster gestellt** haben, die **77 Millionen Euro pro Jahr zu viel für Ökostrom verrechnet** haben und wo nicht sichergestellt ist, dass es überhaupt eine plausible, nachvollziehbare Abrechnung gibt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Wir wollen Politik mit einem festen Blick in die Zukunft machen, ganz in der Tradition von Jörg Haider, der den Grundstein gelegt hat für das BZÖ im Jahr 2005 und aus einer guten Überzeugung heraus diesen politischen Kraftakt bewältigt hat, aus einer guten und wichtigen Überzeugung heraus, weil er gesehen hat, wie falsch sich die politische Landschaft in den letzten Jahren entwickelt hat.



**Ich danke Ihnen!**

Ich möchte für Selbstvertrauen sorgen, ich möchte auch dafür werben, dass wir mit sehr viel Kraft und Selbstvertrauen in diesen Programmgestaltungsprozess hineingehen und uns nicht leiten lassen von irgendwelchen Ideologien. Nein! Ich möchte, dass ihr frei seid, auch was die Denkarbeit anlangt, dass wir auf die Menschen zugehen und sie mit einbinden. Ich werde in die Bundesländer reisen, mit den Funktionären, mit den Mitstreitern zusammen dieses Programm entwickeln und gestalten, mit ihnen diskutieren, mit ihnen darüber befinden, was gut und wichtig und richtig ist für Österreich.

Der Grundstein und das Fundament sind die Grundsatzpositionen. Sie sind das Fundament für diese Programmtournee durch die Bundesländer. Ihr werdet uns spüren, ihr werdet uns sehen und hören – von Vorarlberg bis ins Burgenland. Wir wollen

aktiv mit euch gemeinsam diese Zukunft gestalten.

Österreich ist ein schönes Land, Österreich ist ein gutes Land. Ich möchte, dass wir den Menschen auch immer wieder sagen: Ihr, die Bürgerinnen und Bürger, habt Österreich zu diesem wertvollen, kostbaren Land gemacht, und nicht die politischen Parteien Rot und Schwarz!

**Viele Menschen zählen auf uns. Sie zählen auf das BZÖ als eine neue Kraft in unserem Land.** Ich lade euch und alle Österreicherinnen und Österreicher herzlich ein, uns zu begleiten und uns dabei zu unterstützen, Österreich in eine bessere Zukunft zu führen. Das ist die Verantwortung, für die wir stehen: Für eine Politik der Zukunft, für ein rot-weiß-rotes Österreich, für das es sich lohnt, zu arbeiten und Politik zu machen.





Postgebühr beim  
Empfänger  
einheben

## BZÖ-Antwortkarte

Uns ist wichtig, was Sie meinen! Daher: Teilen Sie uns Ihre Meinung zu den Grundsätzen des BZÖ mit. Machen Sie Ihre Vorschläge für das Programm des BZÖ. Sagen Sie uns, wo der Schuh drückt und was Sie sich von der Politik erwarten!

Wir freuen uns auf Ihre Post!

**An:**  
**BZÖ (Bündnis Zukunft Österreich)**  
**zH Bündnisobmann Klubobmann**  
**Josef Bucher**  
**Doblhoffgasse 3/2**  
**1017 Wien**



Was ich meine und schon immer sagen wollte, ist:

-----  
-----  
-----  
-----  
-----  
-----

**Name:** -----  
**Adresse:** -----  
**PLZ:** -----  
**Tel:** -----  
**E-Mail:** -----